

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Büroaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Bretterstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissel,
in Breslau b. Emil Kabath.

Nr. 146.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Depeschen über den Krieg im Orient.

I. Vorgänge in den kriegsführenden Staaten.

Bukarest, 26. Februar. Senat. Der Ministerpräsident Bratișoianu gab ein Exposé der von der Regierung befolgten Politik, welche die Sympathien Europas besitzt. Bratișoianu hofft zuversichtlich, daß Bessarabien für Rumänien nicht verloren gehen werde. Er sei bereit, seine Entlassung zu nehmen, wenn die Opposition ein Programm vorlegen und sich als Partei bestätigen könne. Der Ministerpräsident erklärte sodann, daß die rumänische Armee über die Donau zurückgehen werde. Der Frieden solle entweder direkt mit der Türkei oder auf der Konferenz abgeschlossen werden. Hierauf zog Sturdza seine bejähliche, bereits gemeldete Motion zurück. Das gegen die Regierung beantragte Misstrauensvotum wurde mit 36 gegen 16 Stimmen abgelehnt und dagegen ein Vertrauensvotum für die Regierung, welches derselben empfiehlt, auf der bevorstehenden Konferenz die Interessen und Rechte des Landes zu verteidigen, mit 39 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung.

Berlin, 26. Februar. 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths Hofmann und zahlreiche Kommissarien, später Fürst Bismarck.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichshaushaltssatzes fort und wendet sich zunächst dem Etat des Reichskanzlers am 18. für Elsass-Lothringen zu.

Abg. Schneegans (Elssasser Autonomist): Wir beabsichtigten, bei diesem Titel die Frage der Verwaltungsreorganisation für Elsass-Lothringen zu erörtern, verzichten aber für heute darauf, weil sich bei der Debatte über die Stellvertretungsvorlage dazu Gelegenheit bieten wird.

Abg. Rittinghausen (Sozialdemokrat) will bei einem speziellen Titel auf die allgemeinen Verhältnisse Elsass-Lothringens seit 1871 eingehen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies nur in einer allgemeinen Besprechung möglich sei.

Bei dem Etat des Rechnungshofes für das deutsche Reich bittet Abg. Richter (Hagen) um Aufklärung darüber, weshalb ein neuer Direktor und ein neuer vortragender Rath erforderlich seien. Die Bearbeitung der Rechnungen über die Milliarden vermehrte sich nicht, sondern nehm' eher ab. Außerdem sei es aber parlamentarischer Brauch in dem Fall, wo die Reorganisation oder Neuschaffung eines Institutes bevorstehe, in demselben keine neuen Stellen zu schaffen. So könnte auch hier der eine vortragende Rath gegen Remuneration die Geschäfte eines Direktors wahrnehmen.

Bundeskommisar Aschendorf bemerkte, daß mit dem Steigen des Etats sich auch die Geschäftslast des Rechnungshofes erheblich vermehrt habe.

Abg. Richter ist ebenfalls der Ansicht, daß man sich mit zwei vortragenden Räthen begnügen könne. Jedenfalls sei es aber notwendig, daß möglichst bald ein Gesetz über den Rechnungshof und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werde.

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Die Arbeitslast des Rechnungshofes ist so groß, daß unbedingt eine Vermehrung des Personals stattfinden muß, auch wenn ein Gesetz in der vom Vorredner bezeichneten Richtung angenommen würde. Seit dem Bestehen des Reichs ist der Etat stetig angewachsen, so daß größere Arbeitskräfte zur Revision der Rechnungen notwendig sind. Die Direktorstelle ist notwendig, um die Geschäfte des Rechnungshofes in ordnungsmäßiger Weise zu erledigen.

Darauf bemüht das Haus in der vom Abg. Richter beantragten Form nur zwei vortragende Räthe.

Den Etat des allgemeinen Pensionsfonds beantragt Abg. Richter (Hagen) der Budgetkommission zu überweisen, weil sich vielleicht in demselben Deckungsmittel für das Defizit finden könnten.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Abg. Grumbrecht: Das uns vorliegende Resultat der Verwaltung des Invalidenfonds ist für unsere Finanzen außerordentlich erfreulich. Wenn die Verhältnisse sich in der bisherigen Weise weiterentwickeln, so werden wir beim Abschluß des Fonds ein viel größeres Kapital benötigen, als wir ursprünglich eingelegt haben. Jedenfalls läßt sich leicht berechnen, da der Zuschuß aus der Kapitalmasse schon im Laufe dieses Jahres gegen das Vorjahr sich um mehr als eine Million Mark vermindert hat und dieser Zuschuß überhaupt nur 5% Millionen beträgt, das innerhalb 5 bis 7 Jahren der Zuschuß aus dem Kapitale aufhören muß. Von jenem Zeitpunkt an würden die Ansprüche an den Invalidenfonds trotz der Belastung, die wir ihm auferlegt haben, vollkommen aus den Zinsen gedeckt werden können und die Überflüsse würden sich von Jahr zu Jahr mehren. Die uns vorgelegte Schrift widerspricht allerdings dieser Berechnung und ich möchte deshalb wissen, ob vielleicht außergewöhnliche Thatsachen auf das günstige Verhältnis des letzten Jahres eingewirkt haben.

Bundeskommisar Rath Michaelis: Um zu prüfen,

ob die gegenwärtige Belastung des Invalidenfonds einen Überschuss in Aussicht stellt, genügt es nicht, wie der Vorredner es gethan hat, die Ziffern des Etats mit denen des vorjährigen Etats zu vergleichen, sondern man muß berücksichtigen, wie die Summe der in den Etat eingestellten Pensionsausgaben sich zu derjenigen Belastung verhält, welche bei der im vorigen Jahr dem Reichstag vorgelegten Berechnung der Bilanz des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde.

Wenn dies geschieht, so ergibt sich, daß die Pensionsausgabe des Etatsjahrs 1878/9 um wenig über 100,000 Mark geringer ist, als die Pensionsausgabe, welche bei der Berechnung der Belastung des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde. Schluß, wie sie der Vorredner in Bezug auf die Frage, ob von dem Fonds schließlich mehr oder weniger übrig bleiben wird, aus dem Etat gezogen hat, sind deshalb nicht gerechtfertigt.

Abg. Richter: In der Hauptfache hat der Abg. Grumbrecht jedenfalls Recht. Die Summe der Pensionen, die wir im vorigen Jahre neu auf den Invalidenfonds überwiesen haben, stellt sich tatsächlich um 618 000 Mark niedriger, als die Regierung veranschlagt hatte. Ebensowenig waren die sonstigen Anforderungen an den Invalidenfonds bei der Gründung derselben bei Weitem überschritten. Ich weise nur darauf hin, daß jetzt als Kapitalszuschuß 7½ Millionen Mark in den Etat eingestellt sind, während im Etat von 1874 ein Zuschuß von

Mittwoch, 27. Februar
(Erscheint täglich dreimal.)

Mindestens 20 Pf. die schweigende Petition oder deren Raum, Reklamen die Petition 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 1 Uhr erschienene Nummer bis 5 Uhr am Mittag angenommen.

1878

Annoncen
Annahme-Büroaus
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Taube & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Wolf.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

währung hat Frankreich seine Goldvorräthe vermehren müssen, so daß sie größer sind als die unsrigen. Ja, die Strömung für die Goldwährung ist so stark, daß wir auch unsere jetzigen Goldvorräthe hätten haben müssen, selbst wenn wir die Doppelwährung eingeführt hätten. Deshalb müssen auch die Länder mit Doppelwährung ihre Anleihen in Gold machen und deshalb müßten sie auch ihre Silberausprägung einchränken. Die vom Abgeordneten Schröder in Aussicht gestellten großen Verluste existieren also in dem Maße nicht. Ich kann mir aber auch die Zukunft der Goldwährung nicht so vorstellen, wie der Abg. Bamberger, welcher deren Ausdehnung über alle Länder erhofft. Michel Chevalier, der eine ebenso große finanzielle Autorität in Frankreich war wie es der Abg. Bamberger bei uns ist, wollte in gleicher Weise, wie wir es jetzt in umgekehrter Weise gehabt haben, die reine Silberwährung einführen und das Gold entwerthen, weil er damals dessen massenhafte Produktion fürchtete, und dennoch irrte er darin, ebenso wie sich der Abg. Bamberger in seiner Furcht vor der massenhaften Silberproduktion in Nevada irrte. Die neuesten Untersuchungen über diese Silberwerke haben ergeben, daß die Produktion derselben erheblich übersteigt ist, daß der jährliche Ertrag derselben höchstens 20 Millionen Dollars betragen wird. Ferner würde die Goldproduktion der Erde nicht ausreichen, alle Länder mit dem zur Goldwährung nötigen Gold zu versorgen. Auf eine dauernde Goldproduktion der Erde haben wir nicht zu rechnen. Ich verweise in dieser Beziehung auf das Werk von Süß: Die Zukunft des Goldes. Eine große Menge Goldes wird auch durch den Gebrauch namentlich zur Vergoldung als Umlaufsmittel verloren. Die Goldwährung in allen Ländern würde in praxi nur zu einer ungeheuren Papierwährung aller Länder führen. Ich glaube also, daß wir in Zukunft zur Doppelwährung zurückkehren werden. Die schwierigste Aufgabe der Finanzpolitik ist die Regelung der Umlaufsmittel; dieselben sind für den Staat, was das Öl für die Maschine ist. Frankreich hat pro Kopf doppelt so viel Umlaufsmittel wie wir, und man müßte wohl überlegen, ob das Knarren unserer Staatsmaschine, unsere kritische wirtschaftliche Lage nicht zum Theil in unserem knappen Umlaufsmittel seinen Grund hat. Wird durch die interessanten amerikanischen Verhältnisse ein festes Preisverhältnis zwischen Gold und Silber festgestellt, dann werden wir ohne Verlust zur Doppelwährung zurückkehren können.

Abg. Bimmermann erwidert, daß man damals gehofft habe, die Angelegenheit werde durch die Regierung ihre natürliche Ordnung finden. Wenn die Regierung sich jetzt nicht entgegenkommend zeige, dann würden aus dem Mißverhältnis viele Beschwerden entstehen. Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß der Reichstag die Sache früher nicht weiter verfolgt habe, weil die Regierung damals die Ingriffnahme derselben in Aussicht stellte. Das in der Praxis Unzuträglichkeiten entstanden, könnte aus jedem Handelskammerbericht erwiesen werden.

Zu dem Etat der Verwaltung der vormaligen Geheimen Oberhofbuchdruckerei in Berlin erklärt sich Abg. Brochhaus mit dem vorliegenden Etat und der Druckschrift einverstanden, in welcher mitgetheilt werde, daß die Regierung Verhandlungen angeknüpft habe, um diese Druckerei mit der preußischen Staatsdruckerei zu vereinigen. Im Interesse des Gesetzes, welches beabsichtigt ist, der definitiven Organisation einer Reichsbuchdruckerei in Aussicht gestellt sei, wäre zu wünschen, daß eine kalkulatorische Berechnung beigelegt würde, woraus eine klare Übersicht über die Rentabilität und Ausdehnung des Unternehmens zu gewinnen sei. Redner macht ferner darauf aufmerksam, daß die typographisch gut ausgestatteten Drucksachen des Reichstages nicht besonders haltbar geheftet seien, so daß ein genaues Studium der Vorlagen kaum möglich sei, weil die Drucksachen unter der Hand zerreißen. (Sehr richtig!)

Generalpostmeister Stephan bemerkte, daß die Verhandlungen der preußischen Regierung behufs Verschmelzung der preuß. Staats- und der früheren Oberhofbuchdruckerei, soweit sie sich zur Zeit überblicken ließen, wahrscheinlich zu einem befriedigenden Resultat führen würden; dem betreffenden Gesetzentwurf würde eine Berechnung, aus der die Rentabilität ersichtlich wäre, beigelegt werden. Was die Schwierde des Vorredners über die Drucksachen betrifft, so sei sie zwar begründet, aber die Druckerei auch durch die große Schnelligkeit, mit der die Vorlagen hergestellt werden müßten, zu entschuldigen. Jedenfalls werde die Druckerei von der Beschwerde in Kenntnis gestellt werden und gewiß nicht versehen, zur Abstellung der Mängel das Urtheil zu thun.

Der Etat wird mit 908,170 M. Ausgaben und 1,082,500 Mark Einnahmen, also mit einem Überschuß von 174,330 Mark genehmigt.

Zu dem Etat des Bankweises wünscht Abg. Bergmann einen conseil de banque als beratende Behörde neben dem Bankdirektor einzuführen zu sehen, welcher aus unparteiischen Geistesleuten bestehen sollte, die täglich einige Stunden die zur Diskonturierung eingereichten Wechsel in Rücksicht auf ihre Sicherheit zu prüfen haben und so dem Direktor einen Theil seiner Verantwortlichkeit abnehmen können. Denn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt, wo namentlich eine Erleichterung des Kredits im Interesse der Industrie notwendig ist, ist der Bankdirektor in Hinblick auf seine Verantwortlichkeit eher geeignet, mehr Wechsel zurückzuweisen als unbedingt nötig ist. Weist er aber mit Grund zurück, so nimmt ihm der Beirath des conseil de banque einen Theil der Geschäftigkeit einer solchen Maßregel ab.

Präsident Hofmann verspricht diese Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Dieser Etat wird unverändert genehmigt.

Die Überschüsse aus den früheren Jahren im Betrage von 34,663 Mark werden auf Antrag des Abg. Richter (Hagen) der Budgetkommission überwiesen.

Bei den Einnahmen aus dem Münzwesen (100,000 Mark) bemerkte Abg. Bergmann, daß sich seine Bedenken gegen das deutsche Münzsystem wegen dessen Ungleichartigkeit von den Münzsystemen der Nachbarländer, die er schon im Jahre 1872 dem Minister Delbrück gegenüber geäußert habe, sich vollständig bestätigt hätten.

Auch bei der Einführung der Goldwährung sei man nur theoretisch vorgegangen, die Durchführbarkeit derselben sei noch gar nicht erwiesen; das sei überhaupt in wirtschaftlich gedrückten Zeiten wie den jetzigen nicht möglich. Er theile vollkommen die Bedenken, die der Abg. Schröder (Lippstadt) neulich geäußert habe.

Abg. v. Kardorff: Ich will dem Vorredner nicht auf das Gebiet der theoretischen Erörterung über die Vorzüglich der Goldwährung oder gar einer Universalmünze folgen. Aber der Abg. Schröder (Lippstadt) veranlaßt mich durch seine neulichen Auflösungen über unser Münzsystem, welche er bei Gelegenheit des Anleihegesetzes machte, zu einigen Erwiderungen. Er legitimirt sich zu diesen Auflösungen mit seinem gefundenen Menschenverstande. Den verlangte mein alter Reitlehrer auch zum Reiten; aber zum Reiten wie zur Beurtheilung von Münzangelegenheiten gehört außer dem gefundenen Menschenverstande noch einiges Anderes. Bevor ich die nötigen Studien gemacht hatte, schaute ich mich vor dem Hause als Redner in Münzfragen aufzutreten; jetzt glaube ich dazu legitimirt zu sein. Ich weiß nicht die Furcht des Abg. Schröder, von dem uns durch die Goldwährung drohenden Verlusten. Es war zunächst hier weniger der Baarverlust in Betracht zu ziehen, als vielmehr der viel größere Verlust, welcher unserer Industrie dadurch erwachsen ist durch die Maßregeln, welche wir ergreifen müssen, um den drohenden Abfluß des Goldes zu hindern. Aber trotz seiner Doppel-

Position wird genehmigt.

Es folgt der Etat für den Reichskanzler (51,000 M.) und dessen Centralbüreau, welches letztere zum ersten Mal mit einem Kostenbetrage von 49,980 M. in das Budget des Reichs aufgenommen ist: ein vortragender Rath mit zwei Sekretären. Zur Unterhaltung der neuen Dienstwohnung des Reichskanzlers sind 900 M. zur Unterhaltung des Borgartens, des Parks und des Wintergartens 6000 M. ausgeworfen. Diesen Etat benutzt der sozialdemokratische Abg. Bräse, um gegen die Bemerkung zu protestieren, die der Kanzler am Tage der Interpellation (am 19. d. M.) bezüglich der defensiven Richtung der Sozialdemokratie gemacht hat. Damit ist der Partei ein Unrecht widerfahren, sie ist revolutionär, aber in schöpfe-

rischer Absicht und wird auf diesem Wege durch die revolutionäre Thätigkeit und sein gewaltthätiges Wirken in dankenswerther Weise unterstützt. Eine Rüge des Präsidenten veranlaßt den Redner zu dem mildsinnigen Zusatz, daß der Kanzler wohl nicht aus persönlicher Absicht gewaltthätig handeln mag. Seinen eigentlichen Zweck, das wahre Wesen der Sozialdemokratie auseinanderzuführen, kann er aber nicht erreichen. Der Präsident kann nicht gestatten, daß er diesem Zwecke anlässlich des Etats des Reichskanzlers nachgehe, worauf der Redner bedauert, bisher keine andere Gelegenheit dazu gefunden zu haben.

Fürst Bismarck: Ich will nur eine Andeutung des Vorredners richtig stellen. Er sagte, ich hätte mich neulich gegen die Arbeiterbewegung ausgesprochen und suchte den Schein zu erwecken, als ob ich den Arbeitern die berechtigten Bemühungen, ihre Stellung und Zukunft zu bestimmen, verklummen wollte. Ich habe neulich nur gegen die Agitatoren gepronkt; gegen die wirklichen Arbeiter habe ich diesen Tadel zerstörende Thätigkeit nicht erhoben. Aber diejenigen Agitatoren, die durch unwahre und, wie ich glaube möchte, den Gebildeten unter ihnen selbst als unrichtig bekannte Vorprägungen, als könnten sie das Losos des Arbeiters auf die Dauer dadurch bestimmen, daß sie Unruhe, Unzufriedenheit, Störung des friedlichen Handels und der friedlichen Gewerbe erregen — gegen diese habe ich mich ausgesprochen, gegen die Leute, welche die Leichtgläubigkeit, die mit Begehrlichkeit verbunden ist, dazu missbrauchen, um den Arbeitern aufzuhüften, sie könnten ihnen helfen. (Fröhliche: Ist das zur Sache?) Es gehört viel Leichtgläubigkeit dazu, wenn wir gewisse Ersehnen auf dem Gebiete der Bünden, in der Art, wie sie sich geben, heute sofort als wirklich geschehen anerkennen sehen, aber die Leichtgläubigkeit ist meines Erachtens bei den Zuhörern der sozialdemokratischen Agitatoren doch noch sehr viel größer, als in Marpingen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Da der Reichskanzler die Geschäfte Deutschlands und Preußens hauptsächlich von Barzin aus zu leiten pflegt, so werden die Vortheile, die durch das Zentralbüro erreicht werden sollen, schwerlich erreicht werden, weil der Reichskanzler aus Barzin sehr viel wird schreiben müssen, um mit den verschiedenen Ressortchefs in Verbindung zu bleiben. Das Zentralbüro soll die Verbindung mit dem Ressortchef erleichtern; diese Verbindung wird gewiß an Annehmlichkeit und Erleichterung gemessen, wenn der Verkehr vorwiegend schriftlich ist. Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß dafür große Geldsummen bewilligt werden müssen und daß der Reichskanzler bereits so viele Beamte hat, wie selten ein Reichskanzler oder Ministerpräsident; er hat ja eine freie Auswahl unter denselben und die Herren Buder und in letzter Zeit auch Tiedemann häufig in seiner Nähe gehabt. Auch dieses Zentralbüro ist wieder ausschließlich auf den Leib des Reichskanzlers geschrieben und nicht auf den Posten eines solchen. Außerdem könnte ja ein Aufhelfsmittel gefunden werden, in der neu zu schaffenden Stelle eines vortragenden Rathes, womit schon sehr viel geblossen werden könnte. Vielleicht wird auch durch die Errichtung der Stellvertreterfrage das Büro überflüssig werden; es ist jedoch möglich, daß gerade dieser Stellvertreter neue Schreiber- und Arbeitskräfte notwendig macht. Die sachlichen Mehrkosten, welche zum Theil für die Ergänzung des eben erst neu beschafften Mobiliars verwendet werden sollen, haben für uns durchaus nichts Erfreuliches. Für einen Vorgarten, Wintergarten und Park sind 6000 Mark angefertigt; die Gärten im Bereich des Reichskanzleramtes beginnen bereits einen sehr bedeutenden Umfang anzunehmen, und die Summe von 18,000 Mark, welche für die verschiedenen Gärten gebraucht wird, erscheint etwas zu hoch. Ich muß wiederholen, obgleich es dem Reichskanzler nicht angenehm sein wird, daß wir in knappen Zeiten leben und mit einem erheblichen Defizit arbeiten, so daß sich jeder und auch der Reichskanzler beschränken muß. Im Übrigen gönne ich dem Kanzler, obwohl er sehr häufig nicht in Berlin ist (Heiterkeit) einen Wintergarten recht gern. Die Positionen erfordern nach verschiedenen Richtungen eine sorgfältige Prüfung; ich beantrage die Titel 2–10 der Budget-Kommission zu überweisen.

Fürst Bismarck: Mir kann natürlich eine sorgfältige Prüfung nur erwünscht sein. Sollte sich diese im Plenum nicht herbeiführen lassen (Widerpruch), so würde der Antrag des Vorredners angenommen werden. Die Einrichtung, als Ganzes, halte ich aus den angeführten Gründen für ganz unabsehlich und unentbehrlich. Diese Einrichtung sollte nicht mir auf den Leib aufgeschmissen werden; die alten sind es gewissermaßen, denn ich glaube kaum, daß irgend einer meiner Nachfolger bereit sein wird, daß an persönlichem Verfehr, ich möchte sagen, an persönlichem Botendienst zum Verfehr selbst zu leisten, was ich bisher geleistet habe, um die persönlichen und amtlichen Beziehungen, die mit den verschiedenen Geschäftszweigen notwendig sind, aufrecht zu erhalten. Die neue Einrichtung soll eben jedem Reichskanzler seine Geschäfte erleichtern, und ich halte sie hierzu für unentbehrlich. Wenn der Vorredner meinte, man könne das Büro nach Barzin verlegen, weil ich dort mehr wohnte als in Berlin, so scheint er zu vergessen, daß auch unter seiner Mitwirkung, im vorigen Jahre mir der volle Urlaub versagt worden ist, auf den ich hoffte. Ich wünschte nicht, in Barzin zu arbeiten, sondern meine Gesundheit herzustellen und dieser Zweck ist bereitstellt worden durch den Beschluß, daß meine Stellvertretung, die bis dahin niemals bestandet worden, unzulässig sei. Ich mußte daher die Hauptarbeitslast nach Barzin mitnehmen. Wenn aber hier beschlossen worden ist, daß eine Vertretung in der Kontraktionsurkunde unzulässig sei, wenn ein Zweifel an der Nichtigkeit dessen ausgesprochen wurde, was seit zehn Jahren in dieser Beziehung geschieht ist, so war es bei mir wohl mehr das Ergebnis meiner Krankheit und meiner Friedensliebe, daß ich darüber nicht diskutiere. Ich habe im Urlaub mehr arbeiten müssen und mit geringeren Kräften, als ich hier in Berlin verpflichtet bin. Wenn der Vorredner die Geschäfte kennen würde, so würde er sich wundern können, daß ich nicht mehr Beamte in Barzin gehabt habe, als die, welche er erwähnte. Mit Hilfe eines Rathes und eines jungen Legations-Sekretärs habe ich die ganze Arbeitslast bewältigt. Ich habe an manchen Tagen 40–50 Blätter selbst zu redigieren gehabt, dictando und wenn ich schreiben konnte, selbst schreibend. Ich habe mit meinem Sohn 700 bis 800 Blättern in einem Tage lösen oder dechiffieren müssen, und wer weiß, was das für eine Arbeit ist; der wird wissen, daß ich nicht unbeschäftigt, sondern sehr beschäftigt war. Nach dem vorliegenden Stellvertretungsgefeß hoffe ich, daß wir dazu gelangen werden, daß die Vertretung des Kanzlers in ihrer Totalität möglich ist, und dann wird der Stellvertreter dieses Büros noch nötiger haben, durch das er mit den vielen Organen, mit denen er zu thun hat, verlebt. Nehmen Sie an, daß dieser Stellvertreter zugleich Stellvertreter im preußischen Staatsministerium, daß er preußischer Finanzminister wäre, so wird er nicht in allen Branchen, die dem Reichskanzler vertraut sind, von vorherherein geläufig zu Hause sein. Wenn er nun wie bisher, nichts findet, als einen verschlossenen Schreibtisch, sobald ich abgereist bin und er sich mit den übrigen ministeriellen Reichsbeamten seine Verbindungen erst selbst zu schaffen hätte, so wird er in einer gewissen Verlegenheit sein und es werden Verhältnisse eintreten, wie sie bisher mitunter eingetreten sind, daß, sobald der Kanzler frank und heurlaubt ist, die Fraktionen vermöge der Mannigfaltigkeit der Vertretungen sich noch vermehren. Man ist dahin gekommen, die Vereinigung der Leitung des preußischen Staatsministeriums und der Leitung der Reichsgeschäfte in einer Hand für einen notwendigen Zustand zu halten. Ich selbst habe mich von dieser Notwendigkeit durch die Erfahrung überzeugt, indem ich ein Jahr lang, glaube ich, das Ministerium abgegeben habe und nur Reichskanzler gewesen bin. Es würde zu weit führen, hier die Gründe zu entwickeln, aus denen sich diese Einrichtung nicht bewährt hat und ich werde nie wieder die Hand dazu bieten. Warum sollte man bei einer längeren Behinderung des Reichskanzlers nicht dieselbe Einrichtung nützlich sein, die bei seiner Anwesenheit nützlich ist, nämlich daß die Leitung der preußischen Ministerialpolitik und die Leitung des Reichskanzlergeschäfts in eine Hand gelegt wird? Es ist dies in den Monaten, wo der Reichskanzler auf Urlaub geht, ebenso Bedürfnis, wie in anderen. Es ist aber für den, der sich in den Sattel setzen soll, den der Kanzler verläßt, doch wünschenswerth, daß er Pferd, Sattel und Zaume finde, mit denen er die Sache übernehmen kann, und sie nicht erst

selbst schaffen muß. Ich glaube auch gar nicht, daß der Vorredner ernste Bedenken gegen dieses Büro hat: das Bedürfnis liegt nach meiner Ansicht so auf der Hand, daß ich mich nur wundern kann und die Gründe dafür nur in meiner Gesundheit zu finden vermag, wenn ich ohne dasselbe so lange habe leben können. (Sehr gut!) Ich kann also den Vorredner vollkommen darüber beruhigen, daß ich mit diesem Büro aus nichts zu thun haben werde. Wenn ich in der Lage sein sollte, mich überhaupt noch länger im Amt und dabei auf Urlaub zu befinden, dann wird meine Stellvertretung, die in Zukunft zweifellos stattfinden wird, dieses Büro noch notwendigen bedürfen als ich, der diese Geschäfte seit 10 oder 12 Jahren genau kennt. In diesem Büro wird die schriftliche Tradition erhalten. Aber auch die mündlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Büros den sind unter Umständen viel wichtiger, als die schriftlichen. Es sind oft Kleinigkeiten, die ich mit meinen Kollegen im Reichsdienste zu befriedigen habe. Habe ich nun einen Rath oder einen Assessor, so wie jeder höhere Offizier einen Adjutanten hat, so begiebt sich dieser zu meinem Kollegen, und in 5 Minuten ist die Antwort da, während auf dem schriftlichen Wege wenigstens 24 Stunden vergehen. Wenn der Vorredner diese Geschäfte nur kannte, über die er urtheilt, so würde er darauf dringen, daß dieses Büro noch verstärkt und mir mehr Beamte zur Verfügung gestellt würden. Der Vorredner hat ferner über die Gärten gesprochen. M. H.: Ich werde keine Kirchen mehr essen, die in diesen Gärten wachsen; mir ist es einerlei, ob die Gärten unterhalten werden oder nicht. Sind die Anfälle im Etat zu hoch — für diese Frage habe ich die Verantwortung nicht tragen zu müssen geglaubt. Ob das 3000 oder 6000 oder 1500 Mark sind, das weiß ich nicht; die Ziffer unterschreibe ich, so seien sie versichert, daß ich die alte preußische Tradition der sparsamen Wirthschaft als bonus pater familias nicht vergessen werde. Dasselbe gilt von der Einrichtung, dem Mobilario und dessen Instandhaltung. Mir selbst hat es, wenn ich an meine Privateinrichtung denke, den Eindruck gemacht, daß es etwas hoch angestellt ist, und ich habe gar kein Bedenken, wenn Sie daran Streichung vornehmen wollen.edenfalls wird man im nächsten Jahre auf Grund der gemachten Erfahrungen sehen, wie sich die Sache stellt. Sollten Ersparnisse gemacht werden, so dürfen Sie überzeugt sein, daß das Geld weder zu Gratifikationen noch sonst zu unerlaubten Zwecken benutzt, sondern als erwartet berechnet werden wird. Wenn ich noch einen Wunsch nicht unterdrücken kann, so ist es der, daß diejenigen Herren, denen ich persönlich mißliebig bin, während der Zeit, wo ich so frank bin, daß ich nur wenige Stunden und — nach dem Urteil meines Artes — zu meinem Schaden auf die Verhandlungen des Reichstages verwohnen kann, die kleinen persönlichen Hölzchen so lange ruhen lassen, bis ich wieder genesen bin. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Braun: Wenn der Abg. v. Schorlemer einen sachlichen Zweck erreichen wollte, so sollte er seine Reden nicht mit lauter persönlichen Investiven ausstatten (Sehr richtig!), die noch nicht einmal den Eindruck der Spontaneität machen, sondern nach dem Gusto des nächtlichen Lämpchens zu riechen scheinen und deren Herstellungskosten zu ihrem Gebrauchs- oder Taxwert in keinem Verhältnis standen. Wenn man die große Finanznot des Reiches durch die Streichung von 6000 Mk. für einen Garten haben könnte, so würde ich mit Vergnügen dabei sein. Die neue Einrichtung scheint mir ganz sachgemäß zu sein, denn der Reichskanzler ist der einzige Minister des Reiches und hat mit allen Ministern der Einzelstaaten zu verkehren, deren es doch wenigstens ein halbes Hundert gibt. Soll man ihm zumutbar sein, sein eigener Schreiber zu sein, oder soll er selbst von einem Büro aus arbeiten laufen? Das erinnert mich an eine Geschichte aus Nassau, wo für eine Enklave von zwei Dörfern ein Mann als Justiziarwalt, als Polizeianwalt, als Amtmann, als Beamter der freiwilligen Gerichtsbarkeit fungierte, der sich für jede besondere Thätigkeit ein besonderes Büro einrichtete und den Uniformen für jedes Amt ein kleines Abzeichen gab; er führte auch gewissenhaft Korrespondenz mit sich selbst. Der Reichskanzler kann sich solche Spesen nicht erlauben. Wollen wir, daß der Reichskanzler in Zukunft so Großes leistet, als er in der Vergangenheit geleistet hat, dann wollen wir ihm im Uebrigen das Leben so leicht als möglich machen; freilich so leicht, wie wir wohl wünschen, können wir es nicht; wir müssen ihm auch manchmal opponieren, z. B. beim Tabak und solchen Geschichten. Bewilligen Sie deshalb die Forderung, ohne sie an eine Kommission zu verweisen.

Fürst Bismarck: Die Gartenkosten erscheinen mir selbst hoch, ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß ich die Herabminderung derselben im Auge behalten werde. Sobon in der Konstituierungszeit wurde ein ähnlicher Antrag gestellt, ich sagte damals, ich hätte keine Vorlese für künstliche Gärten, streichen Sie und ich lasse auf meine Privatkosten eine Kieserschönung pflanzen und seze Hasen hin (Heiterkeit).

Abg. Hönel: Was die Gartenkosten angeht, so können wir uns deswegen schon auf die Oberrechenämter verlassen, die jede unnötige Verkümmern montren wird. Die Frage des Zentralbüros scheint mir eine ganz untergeordnete, die man gar nicht im höheren politischen Lichte betrachten kann. Das Büro soll zur Erleichterung der Kommunikation der Ressorts mit dem Reichskanzler und umgekehrt dienen. Bedenklich könnte dies nur werden, wenn daraus eine Verringerung des mündlichen Verfehrs sich ergeben würde, welcher lediglich zu einer guten Organisation der Staatsmaschine zwischen den Ministern notwendig ist und durch das beste Büro nicht ersezt werden kann. Bedenklich könnte es ferner sein, wenn der vortragende Rath sich einen Einfluß auf die Leitung der Politik zu verschaffen weiß, wenn sich also ein Bündeskabinett des Kanzlers entwickelte, welches ohne Verantwortlichkeit die Geschäfte führt. Aber solche Bedenken können durch keine Einrichtung gänzlich beseitigt werden. Wir wollen Posten nicht verweigern, um nicht den Schein zu erregen, als ob diese Verweigerung zu einer Störfung der Staatsmaschine geführt habe. Denn wir alle haben das Gefühl, daß es nicht recht vorwärts geht, freilich helfen solche Mittel, wie das vorgesetzte, nicht, sondern nur grundlegende Organisationen, die eine gesunde Entwicklung herbeiführen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich will den Vorredner über seine Bedenken beruhigen. Eine Neigung zum schriftlichen Verkehr kann ja nach der Persönlichkeit größer oder kleiner sein, eine Garantie dagegen läßt sich in den Institutionen nicht schaffen. Bei mir ist unbedingt Vorliebe zum mündlichen Verfehr vorhanden und ich will nicht auf das Surrogat des Schreibwegs zurückziehen, der bei den deutschen Geschäften früher üblich war, wo man sich im Dienst nie sah, sondern nur schrieb, sondern ich will nur die Zeit des vielbeschäftigten Ressortchefs schonen. Nehmen Sie an, daß mit einer längeren schriftlichen Arbeit vorgelegt wird, von der ich mir in einem kleinen Punkte die Motivirung nicht anzeignen vermag, oder es werden mir Beförderungslisten vorgelegt, mit 19 Fällen bin ich einverstanden, mit dem 20. nicht; da kann ich mich nicht gleich hinsetzen und die Antwort redigieren, ich habe kein Büro. Ich möchte also die Form des Privatbriefes wählen. Testzt mich mir Vortrag halten lassen, der erst am nächsten Tage oder noch später durch den betreffenden Ressort-Chef erfolgen kann; ich muß wegen einer Kleinigkeit einen vielbeschäftigten Mann zu mir bescheiden. Wenn ich ein Büro habe, kann ich meine Ansicht auf den Kard oder auf den Umschlag schreiben mit ausführlicher Motivirung. Zu solchen Leistungen muß ich jetzt stets die Hilfe des auswärtigen Amtes in Anspruch nehmen, aus keinem anderen Grunde, als weil ich mit ihm in demselben Hause wohne. Wenn ich besonders jüngere Beamte im Büro habe, so kann ich die persönlich an den betreffenden Minister senden. Der mündliche Verfehr soll nicht vermindert werden. Den Einfluß des vortragenden Rathes auf den Kanzler fürchte ich nicht; dieser Gefahr ist jeder Minister ausgesetzt, und ich habe mitunter zu meinem Bedauern eine große Erhöhung des kollegialen Verfehrs in früheren Zeiten darin gefunden, daß, wenn man im Kollegium versammelt war, man in dem anwesenden Kollegium nicht mit dem sprach, der eigentlich über die Sache verfügte; eigentlich hätte man sich an den vortragenden Rath wenden müssen, wenn man seine Kollegen hätte überzeugen wollen. Diese Eigenthümlichkeit liegt im Charakter oder in dem vorgeschrittenen Alter und an der großen Ausdehnung ein-

zeller preußischer Ressorts, so daß der Minister nicht in verba³ gästri, aber auf die Worte seines Rathes schwören muß. Ich kann versichern, daß ich dieser Gefahr widerstreben, mich im Gegenteil bemühen werde, Einfluß auf die vortragenden Räthe meinerseits zu üben. (Heiterkeit.)

Abg. Windhorst (Meppen): Der Reichskanzler hat meinen Freund Schorlemer aufgefordert, ihn mit Persönlichkeiten zu verschonen. Ich bin absolut kein Freund von Persönlichkeiten (Heiterkeit), ich bin auch geneigt, die Aufforderung des Reichskanzlers zu befolgen, vorausgesetzt, daß auch der Reichskanzler jegliche persönlichen Angriffe meidet. (Sehr richtig im Zentrum.) Von der Geldfrage bei der fraglichen Sache will ich abschließen, für mich ist maßgebend, daß eine neue Institution geschaffen wird, die im alleräußersten Maße bedenklich ist. Sind im Reichskanzleramt nicht die genügenden Kräfte vorhanden, dann wollen wir gern einen oder zwei neue Räthe bewilligen, die über dem Reichskanzleramt stehen und eine besondere Instanz bilden. Ein derartiger Rath müßte ein sehr einfältiger Mensch sein, wenn er nicht großen Einfluß zu erlangen sucht. Jedenfalls müssen wir das Votum über diese Bewilligung aussetzen, bis wir über die hier ins Spiel kommende Stellvertretungsvorlage bestimmt haben. Was derartige Zwischeninstanzen zu bedeuten haben, zeigt sich auffallend genug bei den Kabinetsräthen der Monarchen, gegen die fast in allen konstitutionellen Staaten auf Leben und Tod gekämpft worden ist. Zwar versicherte der Reichskanzler, daß er auf diesen Rath Einfluß zu gewinnen suchen werde, aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen. (Heiterkeit.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat die Entwicklung des Reichskanzleramts anher Acht gelassen, wenn er sagt, das Reichskanzleramt genügt dazu. Dasselbe sollte ursprünglich nur drei Räthe haben, es wurde dieser Bestimmung aber schon entzogen durch die Bestimmung des Ministers Delbrück zu seinem Präsidenten. Ein Mann von solchen Traditionen war dem Reichskanzler mehr ein Kollege als ein Untergebener. Ich würde aber insbesondere, wenn ich die Postverwaltung Elsaß-Lothringen, das Reichsjustizamt und das jütländische Reichsfinanzamt dem Reichskanzleramt auf diese Weise subordinire, die ganze neue Organisation mit selbstständigen Ressorts vollkommen über den Haufen stoßen. Auch kann ich den Präsidenten des Reichskanzleramts nicht um jede Appalate aus diesen Ressorts belästigen. Der Vorredner bedenkt nicht, daß wir hier in der Budgetberatung sind. Könnte die Institution ohne Geld in's Leben gerufen werden, so könnte sie eben so wie das Reichskanzleramt durch Kaiserliche Verordnung geschaffen werden. Ich würde überhaupt, darin zu kommen, daß das Reichskanzleramt auch in seinem gegenwärtigen Beifand aufgelöst werden, und daß, wenn dies der Kaiser genehmigt, ich in der Lage bin auch zur Errichtung eines selbstständigen Reichsfinanzamtes die budgetmäßige Sanction des Reichstags zu erbiten durch einen Nachtragstat. Auch das spricht gegen die Möglichkeit, daß Reichskanzleramt mit dem Büreauaudienst zu betrauen. Der Vorredner scheint mit den monarchischen Prärogativen kurzen Prozeß zu machen; dem König von Preußen gönnst er seinen Kabinetsräthen nicht mehr. Wo kann ein preußischer König im Stande sein, auch nur alle Sachen zu prüfen, die ihm von den Ministern zur Unterzeichnung kommen. Streichen Sie die Kabinetsräthe, so fällt der selbe Dienst in subalterne oder militärische Hände. Vielleicht schenkt dem Vorredner das Beispiel des mächtigen Generaladjutanten von Gerlach vor, der dem Minister von Manteuffel an Einfluß übertrat. Ein technisch, wissenschaftlich und burokratisch gebildeter Kabinetsrat ist für unsere komplizirten Verhältnisse unbedingt nötig, das sollte doch auch der Vorredner, der früher diesen Verhältnissen näher gestanden hat, einsehen. Die Befürchtungen, daß sich dieser Rath zum Vorgesetzten aller übrigen ausschwingen könnte — ja den Einflüssen unserer Hingabe unterliegen wir Alle; dem einen spricht die Frau in die Politik hinein, dem Anderen der Rath, der Dritte ist des Abends den Bemerkungen seines Kammerdieners über die öffentliche Meinung zugänglich. Wenn der Vorredner, wie es mir schien, im Namen seiner Fraktion, welche die einzige ist, wo ich über die Persönlichkeit der Angriffe zu klagen habe, mir eine Art von Kompromiß anbietet, so würde ich kaum einen Anderen als Herrn von Schorlemer und den Vorredner als Träger dieses Ton's bezeichnen; ich habe diesen Ton nicht angeklagt. Ich hatte noch nicht die Ehre, Herrn von Schorlemer zu kennen, als ich im Landtag berichtet las, daß ein Abgeordneter der Zentrumfraktion mich in sehr harten, ich könnte sagen groben Worten der Wahrheitswidrigkeit beschuldigt habe. Das verletzte mich einigermaßen, und als ich das nächste Mal in der Sitzung war, bat ich jemanden, mir den Herrn zu zeigen und erfuhr, daß es Herr von Schorlemer war, der mich in einer Weise injuriert hatte, die, wenn man noch in jüngeren Jahren ist, leicht zu persönlich folgen hätte führen können. Ich kann also hier nachweisen, von welcher Seite die Persönlichkeit zuerst ausgegangen ist. Der Vorredner schien mir eine Art Charakterfehler vorzuhalten, natürlich indirekt wie immer, daß ich mit allen anderen Fraktionen, ja selbst mit der sozialistischen jedenfalls mit der Fortschrittspartei, die doch häufig nicht meiner Meinung ist, so sehr selten den Fall einer verhältnismäßig ungernahmen Weise erlebe. Diese Anspielung auf mein Privatleben, auf meinen Aufenthalt in Barzin auf die Gewohnheit kurz und gut die reine Personalismus und dabei in wenig wohlwollenden Ton; ich kann den Vorredner vertheidigen, daß es mir auf nicht auffällt, daß diese Tonart nur in einer Fraktion zu Hause ist, die zum Theil den besseren Gesellschaftskreisen angehört und die vorzugsweise das Christentum ihrerseits zu vertreten meint; die Religion des Wohlwollens, der Demuth, der Liebe und der Verträglichkeit, aber bei ihnen, sowohl in ihren Blättern, wie bei ihren Reden ist meiner Wahrnehmung nach die Tonart zu Hause, die die Gasse in Bewegung bringt. Antwortet man nachher was vielleicht unrecht, aber menschlich sehr natürlich ist — dann tritt der Vorredner auf und deutet dem Publikum in demselben Ton an: das Alles liegt an dem zärtlichen Charakter des Reichskanzlers (Heiterkeit). Es findet sich dann auch stets im Hintergrunde einer, der ruft „Sehr wahr“, und dies zeigt eine gewisse Bestätigung, daß noch mehrere Beobachter derselben Meinung sind (Große Heiterkeit), aber ich kann versichern, und glaube den juristischen Beweis geführt zu haben, daß im vorliegenden Falle nicht ich derjenige bin, der zwischen Herrn v. Schorlemer und mir diesen Ton anklägt. Lieber Andere habe ich kaum zu klagen, denn bei dem Abg. Windhorst ist wenigstens immer sehr viel Sachliches dem Persönlichen beigegeben (Heiterkeit). Nur wenn Herr v. Schorlemer sich erhebt, dann weiß ich, daß irgend Etwas kommt, was mein Privatleben und meine Persönlichkeit betrifft, irgend eine Verspottung meiner Person die zur Sache nicht gehört, aber weil sie in recht häßliche Form gefleidet wird, von Allen gern gehört wird. Ich würde gern verprechen im Interesse unserer Verhandlungen, in Zukunft ein tauberes Ohr für jene Tonart zu haben, nur wünsche ich, daß auch von der anderen Seite dasselbe Vermögen zu Tage trete. Aber freilich — naturam expellas furca! es ist sehr schwer. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. v. Schorlemer-Alst bemerkt, daß ihm das Privatleben des Reichskanzlers ganz gleichgültig sei und daß derselbe für ihn nur insoweit Interesse habe, als er Beamter des Reiches sei. Nur gegen den Beamten richtet er seine Kritik und dazu sei er als Volksvertreter berechtigt. Er habe übrigens nicht zuerst angegriffen, und bei dem vom Reichskanzler angezeigten Gelegenheit sei er gar nicht zugegen gewesen. Die Geschichte von dem nassauischen Amtmann habe der Abg. Braun aus den „fliegenden Blättern“ entlehnt. Auf dessen Bemerkung wegen der Studirolampe habe er keinen Anlaß zu antworten.

Abg. Windhorst (Meppen): Die Außerung des Reichskanzlers lasse die Meinung aufkommen, als gönne er, Redner, dem Kaiser nicht die nötigen Kabinetsräthe, das sei unrichtig. Er gönne dem Monarchen so viele Kabinetsräthe, als derselbe anzustellen gehe. Er habe nur hervorheben wollen, daß sich der Kabinetsrat oft zwischen dem Monarchen und den Minister stelle und die Begräte des letzteren entgegennehme, was die unmittelbare Verbindung före. (Rufe: Persönlich.) Ich bin jetzt fertig. (Große Heiterkeit.)

Fürst Bismarck: Selbst auf die Gefahr hin, die Diskussion wieder zu eröffnen, muß ich einigen Ausführungen widersprechen, der Abg. Windhorst hat gemeint, daß die Minister nicht persönlich bei Sr. Majestät Vortrag hielten. Ich halte, wenn ich gesund bin, jeden Tag bei Sr. Majestät Vortrag und auch die anderen Minister thun dies, sobald sie Se. Majestät empfängt, was einige Male in der Woche vorkommt. Herr Schorlemer gegenüber erinnere ich mich sehr genau, daß mein Bruder zu mir kam und mir sagte, ich würde im Abgeordnetenhaus bestimmt angegriffen und mir Unwahrheit vorgeworfen. Ich fragte, wer ist das? Ja das ist Herr v. Schorlemer-Alst. Mit diesem Pfeile im Herzen bin ich also hingekommen und habe meinerseits irgend welche persönlichen Angriffe gemacht. Jedenfalls ist Herr v. Schorlemer also der erste gewesen, der mich persönlich gekränkt hat, ehe ich von seiner Existenz etwas wußte. Wenn der Vorredner meint, ich hätte behauptet, er sei schuld daran, daß ich nach Varzin habe gehen müssen — ich weiß nicht, ich muß sehr undeutlich sprechen — das habe ich in keiner Weise gesagt. (Rufe: Nein!) Ich habe gesagt, er trage die Mitschuld, daß mir alle Arbeiter nach Varzin nachgeschickt würden, weil er zu denen gehört, die mir nicht die volle Ruhe gönnten, sondern verlangten, daß ich die Kontraktur in den Urlaub nach Varzin mitnehmen müßte. So muß ich die Worte des Herrn v. Schorlemer richtig stellen, um im Publikum keinen falschen Eindruck auszumachen zu lassen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen. (Fürst Bismarck: Ich bei der meinigen!). Uebrigens würde ich mich nicht grämen, wenn ich zuerst angegriffen hätte, denn als Volksvertreter bin ich berechtigt, die Minister anzugreifen, wie und wo ich es für gut finde. (Bravo im Zentrum).

Abg. Dr. Braun: Die Geschichte von dem nassauischen Amtmann stammt nicht aus den "Fliegenden Blättern", sondern ist von mir zuerst in meinen Bildern aus der deutschen Kleinstaatenrei veröffentlich worden. Es sind dies also "Die Kamellen" von mir. Meine Bemerkung über die Stadtkalpame würde der Abg. v. Schorlemer nicht so übel genommen haben, wenn er seinen Cicero nicht verschwitzt hätte. Ich mag Herrn v. Schorlemer gegenüber lateinische oder deutsche Zitate anwenden, immer befände ich mich ihm gegenüber im Unrecht. Es ist dies wie bei der Geschichte vom Bauer und dem Esel. (Heiterkeit).

Abg. v. Schorlemer-Alst glaubt, daß die lateinischen Zitate des Abg. Braun besser seien, als daß, was er deutsch spräche. (Heiterkeit).

Die Titel werden hierauf mit großer Majorität genehmigt.
Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Interpellationen und Anträge.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** Berlin, 26. Februar. Wochenübersicht der Reichsbank vom 25. Februar.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschem Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen)	Mt. 515,166,000	Bun. 8,402,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	38,738,000	Bun. 570,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	4,918,000	Abn. 1,887,000
4) Bestand an Wechseln	338,887,000	Abn. 1,185,000
5) Bestand an Lombardsforderungen	48,860,000	Abn. 1,717,000
6) Bestand an Effekten	352,000	Abn. 4,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	24,064,000	Abn. 13,000

Passiva.

8) das Grundkapital	Mt. 120,000,000	unverändert.
9) der Reservefonds	13,072,000	unverändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	612,262,000	Bun. 1,610,000
11) die sonstigen täglich fäll. Verbindlichkeiten	197,573,000	Bun. 2,535,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten	15,236,000	Abn. 33,000
13) die sonstigen Passiven	2,170,000	Abn. 47,000

** Wien, 26. Februar. Der Verwaltungsrath der Kreditanstalt beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung vorzuschlagen, für das Jahr 1877 eine Dividende von 13 % per Aktie zur Vertheilung zu bringen und den Reservefonds mit 20 pCt. des Reingewinnes, das ist mit ca. 347,000 Fl. zu dotiren, nachdem aus dem Erträgnis ein Betrag von 985,000 Fl. zur weiteren Abschreibung an der Belebung der Kreditanstalt an den lottringer Eisenwerken verwendet ist und der Rest der Einzahlung bei dem wiener Ausihilfskomitee mit 75,000 Fl. sowie weitere ca. 67,000 Fl. an einigen Forderungen der Zentrale und der Filialen zur Abschreibung gelangte. Die im Vorjahr gebildete Spezialreserve beträgt unverändert 1,986,444 Fl.

** Paris, 26. Februar. In der heute stattgehabten Versammlung des General-Syndikats der Textilindustrie wurde die Frage betreffend die Zolltarife berathen und beschlossen, mit Einschließlich da hin zu wirken, daß die Regierung und die Kammern die Erhebungen in Bezug auf die Tarife beschleunigen, damit der Industrie baldigst die unabwendlich gebotene Unterstützung zu Theil werde.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 26. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 165 gegen 107 Stimmen den Petroleumzoll von 3 Fl. an. Die Verbrauchssteuer auf Mineralöl wurde einstimmig abgelehnt, auch die Minister hatten sich gegen dieselbe ausgesprochen.

West, 25. Febr. Der Reichstag segte die Verathung der Zollvorlage fort und genehmigte die Erhebung der Zölle in Gold. Hinsichtlich des Kaffeezolles wurde der von der Regierung vorgeschlagene Zoll von 24 Fl. angenommen.

West, 26. Februar. Das Unterhaus nahm bei der Fortberathung des allgemeinen Zolltarifs mit großer Majorität den von der Regierung vorgeschlagenen Petroleumzoll von 8 Fl. an, nachdem der Ministerpräsident Tisza daran erinnert hatte, daß der gegenwärtige Stand der Finanzen eine Erhöhung des Zollzuges für Petroleum fordere.

Versailles, 25. Febr. Der Senat und die Deputirtenkammer nahmen den vom Finanzminister eingebrochenen Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Bewilligung eines weiteren Zwölftels des Budgets an.

Versailles, 26. Febr. Der Senat hat heute den Gesetzentwurf, betreffend den Kolportageverkauf der Zeitungen angenommen.

London, 25. Febr. [Unterhaus.] Im Verlaufe der Sitzung erwiderte Unterstaatssekretär Bourke auf eine Anfrage Hildebrandt, es seien gewisse Friedensbasen zwischen den Befehlshabern der Truppen und den Insurgenten auf Kubo vereinbart worden.

London, 25. Februar. [Oberhaus.] Der Herzog von Argyll teilte mit, daß er in der Sitzung am 7. März die Aufmerksamkeit des Hauses auf die von der englischen Regierung hinsichtlich des pariser Vertrages vom Jahre 1856 befolgte Politik zu lenken beabsichtigte. — In Beantwortung einer bezüglichen Anfrage Lord Emily's beleuchtete Lord Derby die jüngste englische diplomatische Aktion anlässlich des Einfalls der griechischen Truppen in Thessalien und erklärte, der griechische Geschäftsträger hätte über die seit der Zurückziehung der Truppen von den Albanen und anderen verbliebenen Grau-

samkeiten Mitteilung gemacht. Der englische Botschafter in Konstantinopel, Lahard, sei in Folge dessen angewiesen worden, bei der Pforte deshalb vorstellig zu werden. Lahard habe darauf an die Regierung berichtet, der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe die Richtigkeit der Angaben bezweifelt, jedoch den Befehl ertheilt, die irregulären Truppen abzuberufen und die christliche Bevölkerung zu schützen. Am 2. Februar hätten sodann griechische Truppen türkisches Gebiet besetzt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Türkei habe indessen die Besetzung türkischen Gebietes durch griechische Truppen nicht in demselben Lichte betrachtet, wie die griechische Regierung und die türkische Flotte nach dem Piräus heordert. Hierauf habe sich eine Deputation von Griechen an ihn (Derby) gewendet und ihn ersucht, Maßregeln zum Schutz Griechenlands zu treffen. Er habe es als seine Pflicht angesehen, den Befehl möglichst beizulegen und jeden Krieg zu verhindern, der nicht den Gebräuchen der Civilisation entspräche; er müsse indessen gestehen, daß der Einzug der griechischen Truppen in die Türkei ein feindseliger Akt gewesen sei, gegen den die Pforte natürlich Widerstand leisten mußte. Am 5. Februar habe der griechische Geschäftsträger berichtet, daß der weitere Vormarsch der griechischen Truppen sistirt worden sei und daß, wenn die Grossmächte den Einwohnern der griechischen Provinzen der Türkei Garantien für ihre Sicherheit wiedergeben würden, die griechische Regierung geneigt sei, ihre Truppen zurückzuziehen. Er (Lord Derby) habe hierauf geantwortet, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, die ungesehlichen Grausamkeiten zu verhindern. Am 7. Februar sei die Zurückberufung der griechischen Truppen gemeldet worden und habe die Pforte darauf ihre Feindseligkeiten eingestellt. — Lord Beaconsfield erklärte auf eine Anfrage Lord Mansers, er könne keinen Unterschied zwischen einer Konferenz und einem Kongresse erkennen.

London, 25. Februar. [Oberhaus.] Der bereits telegraphisch signalisierte Antrag Lord Stratheden's spricht aus, daß die jüngste diplomatische Korrespondenz über die türkischen Angelegenheiten die Regierung zu jeder Vorsichtsmaßregel berechtige, um die ernstlichen Vergewaltigungen, durch welche die Verträge von 1856 und 1871 bedroht seien, fern zu halten. Die Lords Dunraven und Dorchester unterstützten den Antrag, der erstere mit dem Hinweis auf die russischen Friedensbedingungen. Lord Derby beantragte die Ablehnung der Motion Stratheden's und gab den Ausführungen Lord Dunravens gegenüber die bereits gemeldeten Erklärungen ab. Bezüglich der angeblich beabsichtigten Ausweisung der muslimmärsischen Bevölkerung aus Bulgarien stieg Lord Derby noch hinzu, er wisse zwar nicht genau, was in dieser Beziehung vorgegangen sei, glaube aber, das Haus von der Sorge befreien zu dürfen, daß sich ein Akt vollziehen werde, der seit der Vertreibung der Mauren aus Spanien ohne Beispiel sein und die geheime Entrüstung Europas erregen würde. Auch könne er Lord Dunraven nicht darin beispielhaft, daß nach dem, was in Armenien habe geschehen können, ein Vordringen der Russen nach Indien zu beforschen sei. Die Lords Houghton und Cardwell bekämpften den Antrag Lord Stratheden's ebenfalls als unzweckmäßig. Der Antrag wurde ohne Abstimmung abgelehnt, worauf sich das Haus vertagte.

London, 26. Febr. General Lord Napier of Magdala ist zu einer Besprechung mit dem Herzog von Cambridge hier eingetroffen.

Madrid, 26. Februar. Nach einer Mitteilung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten steht allen spanischen Emigranten, welche vor den spanischen Konsulen im Auslande den Eid der Treue geleistet haben, die Rückkehr nach Spanien zu jeder Zeit frei.

Washington, 25. Februar. Heute wurde von den Präsidenten des Senats und des Repräsentantenhauses die Silbervorlage unterzeichnet; dieselbe ist nunmehr dem Präsidenten Hayes vorgelegt worden.

Berlin, 27. Februar. Die "Nationalzeitung" schreibt, in Parlamentskreisen sei im Anschluß an einige Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage die Nachricht von Verhandlungen über die Reaktivierung Delbrück's verbreitet, ohne daß jedoch eine bezügliche authentische Nachricht vorgelegen hätte.

London, 26. Februar. Im Oberhause erklärte Lord Derby, im Unterhause Lord Northcote, weitere Nachrichten über die Friedensunterzeichnung und über die Friedensbedingungen seien noch nicht eingegangen. Lord Derby hielt eine Diskussion der Friedensbedingungen vor deren genauen Kenntniß für unzulässig. Die Angaben darüber seien sehr schwankend. Bulgarien sollte allerdings eine große Provinz werden, sich über Gebietsteile südlich des Balkans erstrecken, und kleine Distrikte am ägäischen Meer umfassen; ob einschließlich Salonicum ist noch ungewiß. Im Unterhause erklärte Lord Hardys auf eine Anfrage, die Transportwagen, Ambulanzen und Munitionstrains des ersten Armee корпусes seien fertig. Die Fertigstellung derselben des zweiten Armee корпусes würde eifrigst betrieben.

Berlin, 27. Februar. Die "Nationalzeitung" schreibt, in Parlamentskreisen sei im Anschluß an einige Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage die Nachricht von Verhandlungen über die Reaktivierung Delbrück's verbreitet, ohne daß jedoch eine bezügliche authentische Nachricht vorgelegen hätte.

London, 26. Februar. Bei der Friedensunterzeichnung und über die Friedensbedingungen seien noch nicht eingegangen. Lord Derby hielt eine Diskussion der Friedensbedingungen vor deren genauen Kenntniß für unzulässig. Die Angaben darüber seien sehr schwankend. Bulgarien sollte allerdings eine große Provinz werden, sich über Gebietsteile südlich des Balkans erstrecken, und kleine Distrikte am ägäischen Meer umfassen; ob einschließlich Salonicum ist noch ungewiß. Im Unterhause erklärte Lord Hardys auf eine Anfrage, die Transportwagen, Ambulanzen und Munitionstrains des ersten Armee корпусes seien fertig. Die Fertigstellung derselben des zweiten Armee корпусes würde eifrigst betrieben.

Berichterstatter: Dr. Julius Wagner in Breslau. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 26. Februar. Fest und belebt. [Schluß-Kurse.] Lond. Wechsel 20, 329. Pariser Wechsel 81, 20. Wiener Wechsel 170, 70. Böhmisches Westbahn 147%. Elisabethbahn 139. Galtier 207. Franzosen* 220. Lombarden* 63 1/2%. Nordwestbahn 91%. Silberrente 57%. Papierrente 53%. Russ. Bodencredit 75%. Russ. 1872 84. R. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank 100. Böhm. Westbahn 147%. Eisbahn 207. Österreichische Bank 100. Russ. 1872 84. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1864er Loos 260, 00. Kreditattit* 197%. Oesterl. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 107. Berliner Bank 106. Frankfurter Westbahn 147%. Wechselbank

Produktions-Börse!

Berlin, 26. Febr. Wind: NW. — Barometer: 28°. — Thermometer: 5 R. — Witterung: Stürmisich.

Wetter: lolo per 1000 Kilogramm M. 185—225 nach Qualität gef. gelber märkischer 199 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 204 bez., per Mai-Juni 205 bez., Juni-Juli 206 bez., Juli-August do. — Roggen lolo per 1000 Kilogr. 138—150 M. nach Qualität gefordert, russischer 139—143 ab Bahn bezahlt, ausländischer 140—146 do., per diesen Monat 146,5 bez., per Februar-März do., per April-Mai 145,5—146 bezahlt, Mai-Juni 144—145 bezahlt, Juni-Juli do., Juni. — Gerste lolo per 1000 Kilogramm M. 130—200 nach Qualität gef. — Hafer lolo per 1000 Kilogramm 95—165 nach Qualität gef. oft und weibengünstiger 120—137, russischer 105—136, pommmerischer 126—137, schlesischer 126—137, galizischer — böhmischer 126—137, feiner russischer 142—145 ab Bahn bez., per diesen Monat — bezahlt, per April-Mai 138 bezahlt, per Mai-Juni 140,5 bez., Juni-Juli 142,5 bez. — Erbsen per 1000 Kilogramm Krautware 151—195 nach Qualität, Futterware 135—150 nach Qualität. — Raps per 1000 Kilogramm — bez. — Rübsen — bez. — Leinöl lolo per 100 Kilogramm ohne Fas 60,5 bez. — Rüböl per 100 Kilogr. lolo ohne Fas 60 bez., mit Fas — bez., per diesen Monat 69 B. — Februar-März 68,3 bez., März-April — bezahlt, April-Mai 68—67,8—68 bezahlt, per Mai-Juni 68,2—68—68,1 bezahlt, Juni-Juli — bez., per September-Oktober 65,8—65,7 bez. — Getreidemühle (raffin.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit wäg lolo 25,1 bez., per diesen Monat — bez., per Februar-März 24,4 bez., März-April — bez., pr. September-Oktober 26,5 bez. — Spirins per 100 Pitt. a 100 Pitt. = 10,00 Pitt. ohne Fas 51,4 bez., per diesen Monat 51,7 bez., Februar-März do., per

April-Mai 52—52,5 bezahlt, per Mai-Juni 52,3—52,8 bez., per Juni-Juli 53,3—53,8 bezahlt, per Juli-August 54,3—54,8 bezahlt, August-September 54,9—55,4 bezahlt. — Reis per 1000 Kilo lolo alter 147 bis 152 gef. do. neuer — defekter molbauder — def. rauischer, geringer russ. — rumänischer — exquister — Roggenmehl Nr. 0 I. ver 100 Kilogramm Brutto inkl. Sad per diesen Mon. 19,75—80 bezahlt, per Februar-März do., per März-April 19,90—85 bezahlt, per April-Mai 20,00—85 bez., Mai-Juni 20,15—20 bez., Juni-Juli 20,15 bis 20 bez., Juli-August — Reis Nr. 0 28,00—27,00, Nr. 0 und 1 26,50—25,50. Roggenmehl Nr. 0 22,50—20,50, Nr. 0 und 1 20,25 bis 18,25 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sad. (B. u. S. Btg.)

per 10,000 Kilo Bros. lolo ohne Fas 49,9 M. bez., per Frühjahr 50,8—50,7—50,8 M. bez., per Mai-Juni 51,5 M. Gd., per Juni-Juli 52,5 M. Br. u. Gd., per Juli-August 53,4 M. bez. Br. und Gd., per August-September 53,8 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Rüböl — M. — Getreidemühle lolo 12 M. bez., alte Lianz — M. bez., Regulierungspreis 12 M. per Februar — M. Br., — M. Gd., per September-Oktober — M. Gd.

Stettin, 26. Februar. In der Börse. (Umlicher Bericht.) Wetter: Veränderlich. — Temperatur + 5° R. — Barometer: 27,11. Wind: W.

Wetter: lolo stille, per 1000 Kilo lolo gelber geringer 170 bis 180 M. mittel 185—200 M. feiner bis 205 M. weißer geringer 176 bis 190 M. mittel 192—204 M. feiner bis 211 M. per Frühjahr 207 bis 206—206,5 M. bez., per Mai-Juni 207—206,5 M. bez., per Juni-Juli 209,5 M. bez., 209 M. Br. u. Gd. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo lolo ausländischer 130 bis 138 M. rauischer 130—137 M. per Februar 142 M. nom., per Frühjahr 143,5 bis 143 M. bez., per Mai-Juni 143—142,5 M. bez. — Gerste geschäftslös, per 1000 Kilo lolo Brau 160 bis 174 M. nom., Futter 120 bis 140 M. nom. — Hafer stille, per 1000 Kilo lolo alter 146 bis 156 M. neuer 120 bis 135 M. — Erbsen geschäftslös. — Winterrüben per 1000 Kilo per September-Oktober M. nom. — Rüböl flau, per 100 Kilo lolo ohne Fas bei Kleinigkeiten flüssiges 72,5 M. Br., per Februar 70 M. Br. per April-Mai 69 M. bez. u. Br. per September-Oktober 66 M. Br. — Spiritus stiffe,

aus andere fremde Renten, namentlich Silberrenten erfreuten sich besserer Nachfrage. Ebenso stellten sich Diskonto-Komm.-Antheile und Rheinisch-Westfälische Eisenbahnen sofort höher. Doch trat auf diesen Gebieten eine langsame Abschwächung ein, welche etwa um die Mitte der Börsenzeit zu einem Stillstande kam. Der Ultimo scheint günstig zu verlaufen; der Stückelbarluss wird durch den überaus flüssigen Geldstand erleichtert, und läuft auf die Prolongation keinerlei erlösenden Einfluss. Die Aktien der Laurahütte zeigten gegen gestern wenig verändert ein, ermittelten aber schnell, da aufs Neue höchste ungünstige Gerichte über das Betriebsergebnis des ersten Halbjahrs verbreitet wurden. Gegenhaar gehandelte Eisenbahn-Aktien lagen fest, aber still; besonders beliebt erfreuten sich

nische Papier, namentlich auch Dividendenpapier. Bank- und Industriepapiere blieben bei fester Haltung vernachlässigt. Anlagevertheile fanden nötige Beachtung und erschienen sehr fest. Neben deutschen Anleihen, Bank- und Rentenbriefen fanden auch österreichische Eisenbahn-Obligationen einige Nachfrage. Andere Prioritäten blieben still. Die zweite Stunde verlief unter mäßigen Schwankungen ziemlich fest. Ultimo handelte man François i zu 441, Lombarden zu 126,50, Kreditanleihen zu 396,50—3—6—392, Diskonto-Komm.-Anth. zu 118,10—8,50—7,75—118, Laurahütte zu 74,50—2,75—3,25—73, Bergisch-Märkisches Bergwerk verlor 1. Der Schluss war matt

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 26. Februar 1878.

Fremdl. Bonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	41 105,00 bz G
do. neue	41 96,25 bz G
Staats-Anleihe	41 96,25 bz
Staats-Schuld.	31 92,70 bz
Ann. u. Am. Sch.	31 90,75 G
Ob.-Deichh.-Obl.	41 101,50 G
Berl. Stadt-Obl.	41 101,70 bz
do.	36 89,70 G
Görl. Stadt-Anl.	41 102,00 G
Westprovinz do.	41 101,90 bz
Gildv. d. B. Kfm.	41 101,00 G
Pfandbriefe:	
Berliner	41 101,20 bz G
do.	5 105,25 bz
Brand. Central	4 95,00 bz
Kur. u. Neumärk.	31 85,00 G
do. neue	31 84,00 G
do.	4 95,20 G
R. Brandg. Cred.	4 102,50 B
Preuß. Preuß.	31 82,25 bz
do.	4 95,20 G
Pommersche	31 102,10 bz
do.	36 83,50 bz
Poßenische, neue	4 95,00 G
Gärtliche	4 94,60 G
Gärtliche	31 85,00 G
do. alte A. u. C.	4 94,90 G
do. neue A. u. C.	4 94,90 G
Westkr. ritterb.	31 83,25 bz
do.	4 95,80 B
do. II. Serie	41 101,75 bz G
do.	4 104,80 bz
Ausländische Bonds.	
Ameril. rdz. 1881/6 101,10 G	
do. do. 1885/6	
do. Bds. (fund.) 5 99,00 bz G	
Norweg. Anl.	41 104,75 bz G
do. do. 7 107,00 bz G	
Destr. Gold-Rente	4 63,00 B
Destr. Pap. Rente	4 53,10 bz G
do. Gilb. Rente	4 57,10 bz G
do. 250 fl. 1854 4 96,90 G	
do. Cr. 100 fl. 1858—296,50 G	
do. Zott. A. v. 1860/5 105,75 bz G	
do. do. v. 1864—262,50 bz B	
Ung. St.-Gish.-Att.	5 70,00 G
do. Zoot.	— 150,00 bz G
do. Schäfch. I. 6 101,10 bz G	
do. do. kleine 6 101,10 bz G	
do. do. II. 6 94,10 bz	
Italienische Rente	5 74,25 bz G
do. Tabak-Obl.	6 102,70 bz G
Fiumanier.	8
finnische Poote	— 37,25 bz G
Russ. Centr.-Bds.	5 81,80 bz G
Peters. Discontobank	4 83,00 G
do. Intern. Bank	4 89,00 G
Posen. Landwirthschaft	4 45,00 G
Potener Prov.-Bank	4 103,00 G
Preuß. Bank-Ant.	4 96,00 bz
do. Bodencredit	4 116,25 G
do. Hyp. Spielb.	4 119,00 G
Product.-Handelsbank	4 81,00 bz G
Prov. Gewerbebl.	4 17,90 B
Ritterb. Privatbank	4 1,30 G
Sächsische Bank	4 103,50 bz G
do. Bankverein	fr. 104,00 G
Schaaffranz. Bantb.	4 51,90 bz G
Schles. Bankverein	4 79,50 G
do. do. v. 1869/6 8,00 B	
Türk. Anl. v. 1869/6 121,90 bz	
do. do. Altien 6 24,25 bz	
* Wechsel-Course.	
Amsterdam. 100 fl. 8 L. 168,70 bz	
do. 100 fl. 2 M. 168,00 bz	
London 1 8fr. 8 L. 20,38 bz	
do. do. 3 M. 20,295 bz	
Paris 100 fr. 8 L. 81,10 bz	
Big. Bpl. 100 fl. 8 L. 81,10 bz	
do. do. 100 fl. 2 M. 80,80 bz	
Wien öst. Währ. 8 L. 170,30 bz	
Wien öst. Währ. 2 M. 169,30 bz	
Petersb. 100 fl. 3 B. 218,30 bz	
do. 100 Rub. 3 M. 217,80 bz	
Warschau 100 fl. 8 L. 218,60 bz	
Industrie-Aktionen.	
Brauerei Papenhofer	4 95,00 B
Dammelb. Kattun	4 17,50 B
Deutsche Bauges.	4 59,50 bz G
Deutsch. Eisenb.-Bau	4 6,10 bz G
Eich. Stahl u. Eisen	4 22,50 G
Donnersmarckshütte	4 7,00 bz
Do. Nordwestbahn	4 183,00 bz
Dortmunder Union	5 52,00 G
EGM. Masch.-Act.	4 14,75 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4 10,25 G
Flora f. Charlottenb.	4 29,00 G
Frisch u. Rothen. Nähm.	4 90,90 G
Gelsenkirch. Bergw.	4 68,00 G
Georg.-Marienhütte	4 68,00 G
Hibernia u. Sham.	4 45,50 bz G
Immobiliens. (Berl.)	4 72,00 G
Kramsta, Seinen-f.	4 62,00 G
Lauchhammer	4 18,00 G
Laurahütte	4 73,50 bz
Luis.-Liebau-Bergw.	4 20,50 G
Magdeburg. Bergw.	4 114,50 G
do. Spritfabrik	4 33,00 G
Bl. f. Kleinp. u. Waff. 4 44,50 G	
Bl. f. Spritz. v. Pr. 4 55,00 G	
Berliner Vanderverein	fr. 39,00 G
do. Comm.-B. See. fr. 112,90 bz	
do. Handels-Gef.	4 70,50 bz G
Ostend	4
do. Kaffee-Verein	4 143,90 B
Europ.-B.-Pf. 110 5 100,50 bz G	
do. do. 41 92,50 bz G	
do. do. 41 95,00 bz G	
do. do. 5 100,25 bz G	
do. do. 5 94,75 bz	
do. do. 5 94,75 bz	
do. do. 5 96,50 bz G	
do. II. V. 120 5 88,90 bz	
Breslauer-Dise. Bl. 4 60,25 G	
Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Phönix B.-A. Lit. A. 4 29,50 G	
Reichenhütte	4 3,40 B
Rhein.-Raff.-Bergwerk	4 89,50 B
Rhein.-Westf. Ind.	4 24,50 bz G
Thüring. Credit-B.	4 10,75 G
Stadt-Wasser. Sampen	fr. 0,60 G
Unter den Linden	4 15,00 G
Verl. Bau.-V.	fr. 105,00 B
Westend (Duisdorf)	4 97,60 bz G
Wissener Bergwerk	4 8,60 bz
Wöhret Maschinen	4 8,60 bz
Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Kachen-Maastricht	4 19,10 G
Altton.-Kiel	4 127,50 B
Bergisch.-Märkische	4 74,60 bz
Berlin Anhalt	4 86,75 bz
Berlin-Dresden	4 10,40 bz
Berlin-Görlitz	4 14,50 G
Berlin-Hamburg	4 168,10 bz
Berliner Nordbahn	fr. 78,00 bz B
Berlin-Stettin	4 102,25 B
Bresl.-Schw.-Freibg.	4 64,25 bz G
Cöln-Winden	4 91,50 bz
do. Litt. B.	4 14,50 bz
Halle.-Sorau.-Guben	4 11,40 bz
Hann.-Altenbergen	4 11,40 bz
do. Wechselbank	4 39,60 bz G
Magdeb. Privatbank	4 106,00 B
Metzler.-Bodencredit	4 66,00 G
do. Hypoth.-Bank	4 61,60 B
Meiningen Creditbank	4 73,75 bz G
do. Hypotheken	4 98,80 bz
Niederrhein.-Märkisch	4 96,80 bz
Nordhausen-Erfurt	4 19,50 bz
Norddeutsche Banl	4 137,00 G
Norddeutsche Grunderedit	4 77,00 bz G
Desterr. Credit	4 114,10 bz
do. Deutsche Bank	fr. 100,40 B
Östdeutsche Bank	4 38,00 bz G
Pomm. Centralbahn	fr. 96,50 bz
Reichs.-Oder-Uferbahn	4 105,80 bz
Rheinische	4 105,80 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4 93,10 bz
Rhein.-Rheinh.-Bahn	4 9,70 bz B
Stargard.-Potsd.	4 101,25 bz G
Thüring. Leipzig	4 112,50 bz G
do. Litt. B. v	